

Frühkindliche Bildung

Investitionen in die Jüngsten lohnen

Politik, Wirtschaft und Wissenschaft fordern einhellig, dass für die Kinder in Kindergärten und Grundschulen mehr getan werden muss, damit sie als Jugendliche später in Schule und Berufsausbildung besser klarkommen. Das Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW) hat im Auftrag der Wissensfabrik – Unternehmen für Deutschland e.V., Ludwigshafen, berechnet, was es nützt, wenn im Vorfeld mehr geschieht. Allein mehr Kindergartenplätze zu schaffen lohnt demnach aus staatlicher Sicht nicht. Die staatlichen „Investitionen“ erzielen erst dann eine hohe Rendite, wenn auch die Vor- und Grundschulerziehung auf neue Füße gestellt wird.*)

Die Zahlen sind dramatisch und man fragt sich, warum nicht schon früher die Reißleine gezogen wurde: Im Jahr 2005 haben rund 78.000 junge Leute den Hauptschulabschluss nicht geschafft, rund 160.000 begannen eine berufsvorbereitende Maßnahme, in der sie trotz vorangehenden Schulbesuchs das nötige Rüstzeug erst noch lernen müssen, um überhaupt eine Lehre anfangen zu können; jeder sechste Erwachsene hat keine Berufsausbildung.

Dass dies nicht das Ende vom Lied sein darf, ist allen klar. Viele Experten und Politiker plädieren dafür, das Übel an der Wurzel zu packen und den Kindern möglichst dann schon Hilfestellung zu geben, wenn sie ihre ersten Schritte ins Bildungssystem tun.

Ohne Geld geht das allerdings nicht. Doch das sollte diesmal – ausnahmsweise – kein allzu großes Problem sein: Weil die Schülerzahlen in den kommenden Jahren wegen des Bevölkerungsrückgangs sinken werden, muss der Staat ab etwa 2012 schätzungsweise 8 bis 10 Milliarden Euro jährlich weniger ausgeben. Und wenn er diese Mittel nicht einspart, sondern – zumindest teilweise – im Bildungssystem lässt, dann zahlt sich das auch aus.

Würden die Jüngsten früher gefördert, wären sie später fitter in Mathematik, Naturwissenschaften und im Lesen. Dermaßen gerüstet, können die künftigen Jahrgänge höhere Bildungsabschlüsse erreichen. Besser qualifizierte Beschäftigte sind erfahrungsgemäß weniger von

Arbeitslosigkeit betroffen, erwirtschaften ein höheres Sozialprodukt, zahlen mehr Steuern und Sozialbeiträge.

Wie sich frühkindliche Bildung in Euro und Cent rentiert, hat das Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW) ausgerechnet. Dabei zeigt sich: Gezielte Bildungsinvestitionen sind gut, noch besser ist es aber, wenn sie mit Bildungsreformen Hand in Hand gehen:

1. Quantitativer Ausbau der frühkindlichen Betreuung. Die internationale PISA-Studie hatte festgestellt, dass etwa 17 Prozent der Jugendlichen in Deutschland während der Kindheit nur ein Jahr oder noch kürzer den Kindergarten besucht hatten. Wie eine Berechnung des IW Köln auf Basis der PISA-Daten ergab, wirkt ein längerer Kindergartenbesuch zumindest für Mathe und Co. Wunder: Sprösslinge, die entsprechend länger einen Kindergarten besuchten, erzielten allein dadurch beim PISA-Mathematiktest 30 Punkte mehr als Jugendliche, die nicht so lange im Kindergarten waren – das entspricht einem Wissensplus von etwa einem Dreiviertelschuljahr.

Um aber allen Kindern ab dem Alter von drei Jahren einen längeren Kindergartenbesuch zu ermöglichen, ist nach IW-Berechnungen jährlich etwa 1 Milliarde Euro für die Einrichtung zusätzlicher Plätze erforderlich. Damit auch möglichst alle Kinder spielerisch schon im Kindergarten lernen können, sollten die Beiträge für Eltern entfallen. Dafür müsste der Staat pro Jahr etwa weitere 2,6 Milliarden Euro lockermachen (Grafik Seite 5).

Doch der Ertrag dieser beiden Investitionen ist beachtlich: Mittelfristig ließe sich so der Anteil der Jugendlichen ohne abgeschlossene Lehre von 16 auf 14 Prozent senken und der Anteil der Höherqualifizierten in gleichem Maß auf 33 Prozent steigern.

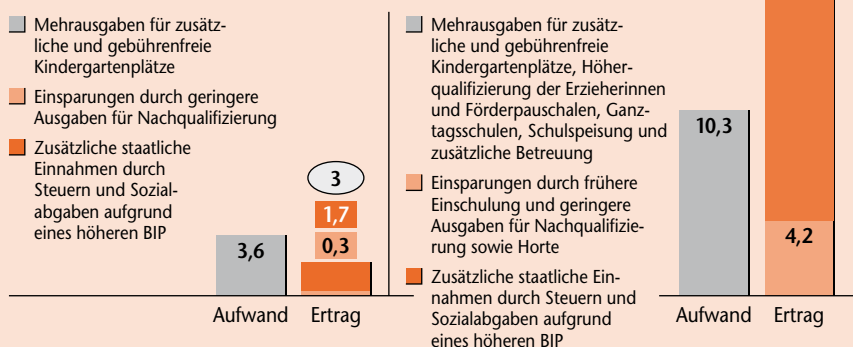
Der Staat spart dann, weil er weniger für die Nachqualifizierung derjenigen Kinder und Jugendlichen ausgeben muss,

Frühkindliche Bildung: Hohe Reformrendite

Stellt der Staat zusätzliche und kostenfreie Kindergartenplätze bereit, muss er auf lange Sicht etwa für Nachqualifizierung weniger ausgeben. Er erzielt zugleich mehr Einnahmen, weil mit besser ausgebildeten Beschäftigten ein größeres Bruttoinlandsprodukt erwirtschaftet werden kann. Reformiert der Staat überdies die Kindergarten- und Grundschulerziehung, kann eine erhebliche Bildungsrendite erzielt werden.

Jahresdurchschnittswerte im Zeitraum 2005 bis 2050 in Milliarden Euro

○ langfristige Rendite in Prozent der eingesetzten Mittel



Prognose; in Preisen von 2005; Rendite: wird erst nach 2050 erreicht
Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

*) Christina Anger, Axel Plünnecke, Michael Tröger: Renditen der Bildung – Investitionen in den frühkindlichen Bereich, Studie im Auftrag der Wissensfabrik – Unternehmen für Deutschland e.V., 2007, www.wissensfabrik-deutschland.de

die in der Schule oder in der Berufsschule nicht mitkommen. Dafür veranschlagt das IW Köln jährlich rund 300 Millionen Euro an Einsparungen.

Mehr und kostenfreie Kindergartenplätze wären auf jeden Fall schon Schritte in die richtige Richtung. Den erhofften Schub für das Wirtschaftswachstum brächten derlei Maßnahmen aber noch nicht. Für den Staat ist der Ertrag lange Zeit geringer als der Aufwand (Grafik Seite 4):

Im Zeitraum 2005 bis 2050 müsste Vater Staat pro Jahr im Durchschnitt rund 3,6 Milliarden Euro mehr ausgeben – seine Einsparungen und Mehreinnahmen belaufen sich dagegen auf nur 2 Milliarden Euro im Jahr.

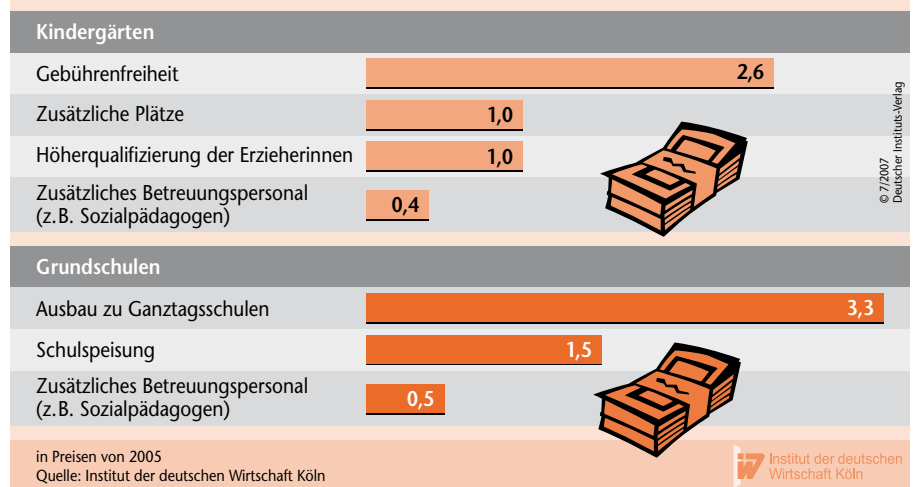
Erst ab dem Jahr 2060 überstiegen dann die Erträge den Investitionsaufwand. Langfristig könnte der Staat so eine jährliche Rendite von etwa 3 Prozent erzielen – ein vergleichsweise mageres „Geschäft“. Um die Rendite eines Bildungsinvestments in die Kinder nachhaltig zu steigern, bedarf es deshalb weiterer Schritte:

2. Qualitativer Ausbau der frühkindlichen Betreuung. Auch im Kindergarten sollten Bildungsstandards gewährleisten, dass die Sprösslinge nicht nur betreut werden, sondern gewisse Entwicklungsschritte erreichen und z.B. die deutsche Sprache lernen. Dazu dient ebenso eine bessere individuelle Förderung der Jüngsten. Um dies zu leisten, brauchen die Erzieherinnen und Erzieher allerdings ein besseres berufliches Rüstzeug, etwa in Form einer akademischen Ausbildung, die mit dem Bachelor abschließt.

Die Therapie für die Grundschulen umfasst ebenfalls eine ganze Reihe von Maßnahmen. Die wichtigsten: Grundschulen sollten im Ganztagsbetrieb unterrichten. Dies nutzt nicht nur die Schulzeit besser, sondern ermöglicht es auch, Kinder mit Lernproblemen erfolgreicher zu unterstützen. Die Schulen sollten zudem selbst entscheiden können, wie sie ihre Budgets einsetzen, wen sie als Lehrer einstellen und wie sie den Unterricht gestalten. Darüber hinaus sollen sie nach bundesweiten Bildungsstandards arbeiten und mehr Rechenschaft gegenüber Eltern und Öffentlichkeit ablegen. Unterstützt werden diese Neuerungen durch eine

Frühkindliche Bildung: Die Investitionen

Durchschnittlich erforderliche jährliche Mittel bis zum Jahr 2050 in Milliarden Euro



ziel- und leistungsorientierte Vergütung der Lehrer, mit der eine gute pädagogische Leistung honoriert werden kann.

Allerdings ist auch die qualitative Verbesserung der Einrichtungen nicht zum Nulltarif zu haben:

Kindergärten. Für die höheren Löhne der akademisch ausgebildeten Erzieher wird der Staat auf längere Sicht im Schnitt rund 1 Milliarde Euro pro Jahr berappen müssen. Die individuelle Förderung von Kindern mit Entwicklungsdefiziten schlägt mit weiteren 400 Millionen Euro jährlich zu Buche.

Grundschulen. Der Ganztagsbetrieb dürfte pro Jahr 3,3 Milliarden Euro kosten. Für den Einsatz von Schulsozialarbeitern und den Ausbau des schulpsychologischen Dienstes kämen jährlich weitere 500 Millionen Euro hinzu. Da die Kinder in den Schulen essen, wird es auch hier teuer: Laut IW-Schätzung kostet die Schulspeisung den Staat etwa 1,5 Milliarden Euro im Jahr.

Langfristig spart der Staat jedoch – und da wird es interessant:

Für die Kindergärten müssen die staatlichen Träger jährlich 2,9 Milliarden Euro weniger ausgeben, weil die Kinder durch die bessere Förderung ein Jahr eher vom Kindergarten in die Grundschule wechseln können.

Wenn selbige im Ganztagsbetrieb laufen, werden die Schulhorte überflüssig; das spart wiederum jährlich 1 Milliarde Euro. Es dürfte die Staatskasse zudem um einiges erleichtern, wenn es weniger Kinder gibt, die eine Schulklasse wieder-

holen müssen bzw. die Schule sogar komplett ohne Abschlusszeugnis verlassen. Die Einsparungen insgesamt fließen mit zunächst 800 Millionen Euro jährlich in die Rechnung ein. Ab dem Jahr 2015 kann man dafür sogar um 2,6 Milliarden Euro geringere Ausgaben verbuchen, weil bessere Grundschulen erst dann zu Kosteneinsparungen bei der Berufsvorbereitung führen.

Unter dem Strich bleibt eine schwarze Zahl beziehungsweise eine stattliche Rendite:

Setzt der Staat die beschriebenen Maßnahmen in Kindergärten und Grundschulen um, rentiert sich der Aufwand für ihn langfristig gerechnet mit rund 8 Prozent – die Rendite ist also weitaus höher als bei vergleichbaren Kapitalanlagen wie etwa Staatsanleihen.

Aus Sicht der Volkswirtschaft hätte sich das eingesetzte Kapital mit rund 13 Prozent sogar noch höher verzinst, da die Gebührenfreiheit für die Eltern keine volkswirtschaftlichen Kosten sind, sondern als Umverteilung gewertet werden.

Alles in allem ist das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts (BIP) bei einer solchen Strategie langfristig um ein Zehntelprozentpunkt höher, als es ohne diese Maßnahmen wäre. Das hört sich zunächst nach nicht viel an: Im Jahr 2050 beträgt das BIP-Plus aber – in heutigen Preisen gerechnet – über 100 Milliarden Euro – und wer wollte schon auf dieses zusätzliche Wohlstandspotenzial verzichten.